



Batteriezellenproduktion: ein Jahr „EU-Batterieallianz“ und Diskussionen im Parlament

High-Level Meeting und Ausblick

Vor einem Jahr startete die Europäische Kommission die Initiative der „EU-Batterieallianz“ mit dem Ziel des Aufbaus einer Batteriezellenproduktion in der EU. Am 15.10.2018 und somit ein Jahr nach dem Start erfolgte eine Bestandsaufnahme sowie ein Ausblick auf die weiteren Schritte durch die Europäische Kommission.

Laut Kommission konnten dabei wesentliche Fortschritte in diesem ersten Jahr des Bestehens der Batterieallianz erreicht werden. So hat die Europäische Kommission einen Aktionsplan vorgelegt („Strategischer Aktionsplan für Batterien“ – COM(2018) 293, Anhang 2 vom 17.05.2018), die ersten Pilotproduktionsanlagen werden gebaut, weitere Projekte wurden angekündigt.

Die Kommission arbeitet aktuell an der Implementierung des Aktionsplans vom Mai 2018. Wichtige Themenfelder betreffen dabei den regulatorischen Rahmen, die Rohstoffversorgung, interregionale Partnerschaften, Forschung sowie Kompetenzen. Hinsichtlich des regulatorischen Rahmens arbeitet die Europäische Kommission gegenwärtig an der Einführung von Ökodesign-Vorgaben für Batterien. Diese sollen Leistungs- und Nachhaltigkeitsstandards für die Einführung von Batterien auf dem europäischen Markt vorgeben.

Diesbezüglich hat das JRC („Joint Research Center“; Gemeinsame Forschungsstelle) eine erste entsprechende Studie zu möglichen Standards ebenfalls am 15.10.2018 veröffentlicht (siehe dazu den untenstehenden Link). Aktuell laufen die vorbereitenden Studien für die Ökodesign-Vorgaben, eine erste Stakeholder-Konsultation soll im Dezember dieses Jahres stattfinden.

Weitere Arbeiten am Rechtsrahmen betreffen die Überarbeitung der EU-Batterierichtlinie (RL 2006/66/EG vom 06.09.2006 bzw. RL 2013/56/EU vom 20.11.2013). Dazu hat die Kommission angekündigt, ihren Bewertungsbericht zu dieser Richtlinie bis Ende des Jahres vorzulegen. Darin wird die

Kommission u.a. die Sammlung von Altbatterien, das Recyclingniveau oder das Kennzeichnungssystem adressieren.

Mit Blick auf die Rohstoffversorgung kündigte die Kommission zudem eine High-Level-Konferenz für den 14.11.2018 in Brüssel an. Auf dieser Konferenz sollen Empfehlungen basierend auf einem Dialog der Kommission mit den Mitgliedstaaten präsentiert werden. Insgesamt spielen die Energie- und Ressourceneffizienz für die Kommission eine entscheidende Rolle. Ziel ist der Aufbau einer geschlossenen und nachhaltigen Wertschöpfungskette innerhalb der EU.

Hinsichtlich der finanziellen Förderung ist ein wichtiges Element die Forschungsförderung durch das aktuelle Programm „Horizon 2020“ innerhalb des gegenwärtigen Finanzrahmens. Der kommende Aufruf zur Einrichtung von Vorschlägen („Call“) zur Forschungsförderung im Batteriebereich öffnet am 24.01.2019. Der Umfang dieses Calls wird 114 Mio. Euro betragen. In 2020 wird es weitere Förderungen mit einem Umfang von 70 Mio. Euro geben.

Neben der EU-Förderung spielen auch die Förderung durch Mitgliedstaaten und Regionen sowie somit auch beihilferechtliche Fragen eine wichtige Rolle. Mit Bezug auf den Aktionsplan von 2018 verwies die Kommission dabei wiederum auf die wichtige Rolle des IPCEI-Instruments („Important Projects of Common European Interest“). Entsprechende Projekte können von einer hohen Förderung profitieren (bis zu 100% der Finanzierungslücke). Voraussetzungen sind die Beteiligung mehrerer Mitgliedstaaten, die Realisierung von Spill-Over-Effekten auf anderen Wirtschaftsbereichen sowie ein hohes Ambitionsniveau im Bereich Forschung und Innovation.

Im Rahmen einer Veranstaltung von POLITICO am 16.10.2018 in Brüssel betonte der Vizepräsident der Europäischen Kommission für die Energieunion und Treiber der EU-Batterieallianz, Maroš Šefčovič, die



Bedeutung von staatlichen Beihilfen zur Förderung der Batteriezellenproduktion in der EU. Beihilfen und die öffentliche Beschaffung seien „Game Changer“ für den Batteriesektor.

Neben den aktuellen Vorhaben der Kommission im Bereich Rechtsrahmen, Rohstoffe oder Förderung verwies die Kommission am 15.10.2018 im Rahmen der Veranstaltung zu „ein Jahr Batterieallianz“ auch auf die bisherigen Fortschritte der industriellen Partner. So konnte laut Kommission durch das EIT („European Institute of Innovation and Technology“) ein Netzwerk von 260 Akteuren aus allen Bereichen der Wertschöpfungskette aufgebaut werden.

Auch im Europäischen Parlament fanden mehrere Veranstaltungen zu diesem Thema statt. Am 16.10.2018 haben sich Experten unter Beteiligung des VKU (Verband Kommunaler Unternehmen) mit Fokus auf die Mobilitätswende, Elektromobilität und Sektorenkopplung mit dem Thema befasst. Inhaltlicher Schwerpunkt war vor allem der europäische Rechtsrahmen für die entsprechende Infrastruktur.

Ausgangspunkt war die Richtlinie über den „Aufbau der Infrastruktur für alternative Kraftstoffe“ (RL 2014/94/EU vom 22.10.2014). Diesbezüglich hatte MdEP Ismail Ertug (S&D) im Mai 2018 einen Berichtsentwurf für einen Initiativbericht des Parlaments „zum Aufbau der Infrastruktur für alternative Kraftstoffe in der Europäischen Union: Zeit zu handeln!“ vorgelegt (2018/2023(INI) vom 14.05.2018). Die Abstimmung zu diesem Initiativbericht im Plenum des Europäischen Parlaments ist für den 25.10.2018 vorgesehen.

Die Europäische Kommission führte diesbezüglich aus, mit Blick auf die Dekarbonisierung des Verkehrssektors nicht nur auf eine Technologie und somit auch nicht nur auf ein Politikinstrument zu setzen. Insofern soll die Richtlinie zum Aufbau der Infrastruktur für alternative Kraftstoffe etwa die CO₂-Minderungsvorgaben für PKW ergänzen (siehe zu den CO₂-Grenzwerten für PKW u.a. den Artikel aus dem Wochenbericht Nr. 35-2018 vom 15.10.2018). Laut Kommission läuft aktuell die Evaluation dieser Infrastruktur-Richtlinie. Falls diese Evaluation den Bedarf

für eine Anpassung ergeben sollte, wird dies aber nicht vor 2021 erfolgen.

Am 17.10.2018 wiederum gab es eine Diskussion zur nachhaltigen Batterieproduktion in der EU („Sustainable battery manufacturing“). Sprecher auf dieser Veranstaltung war unter anderem wiederum MdEP Ismail Ertug (S&D), der Vorsitzende der „Friends of the Battery“-Arbeitsgruppe im Europäischen Parlament. Mit Gründung dieser Arbeitsgruppe brachte das Parlament seine Unterstützung für die EU-Batterieallianz zum Ausdruck. Ein Schwerpunkt der Diskussion bildete wiederum der Ausblick auf die Anpassung des entsprechenden EU-Rechtsrahmens mit den laufenden Arbeiten an der EU-Batterie-RL und den kommenden Initiativen für ein grünes Batterielabel und einen Produktausweis für das nächste Jahr. MdEP Ertug betonte, die Erfolgsfaktoren für die Elektromobilität in Europa seien die CO₂-Grenzwerte für PKW, Ziele für die entsprechende Infrastruktur sowie der Aufbau einer Zellproduktion in der EU.

Weiterführende Informationen:

Pressemitteilung der Europäischen Kommission vom 15.10.2018 (EN):
http://europa.eu/rapid/press-release_IP-18-6114_en.htm

Presse-Memo der Europäischen Kommission vom 15.10.2018 (EN):
http://europa.eu/rapid/press-release_MEMO-18-6113_en.htm

Studie des JRC vom 15.10.2018:
<https://ec.europa.eu/jrc/en/news/electric-vehicle-batteries>